

Das Wochenmagazin der SPÖ

noe.at
Gastkommentar von
Erich Fenninger zu „Österreich 2020“

SPÖ

Aktuelle

19. März 2010 - Nr. 10 - 0,70 €

SPÖ-Konsolidierungsvorschläge

**Gerechte Einnahmen
Gerechtes Sparen**

Die notwendigen Schritte gegen die Krise haben Kosten verursacht und dieses Loch im Staatssäckel muss gestopft werden. Für die SPÖ-geführte Regierung ist aber klar: So wie die Konsolidierung im Jahr 2000 unter Schwarz-Blau vonstatten ging, nämlich mit unsozialen Belastungsmaßnahmen, so wird das diesmal sicher nicht laufen.

Bundespräsident Heinz Fischer wird von vielen prominenten und bedeutenden Menschen in Österreich unterstützt. Über alle Parteigrenzen hinweg scharf sich ein prominentes Personenkomitee um den amtierenden Bundespräsidenten um seine Wiederwahl zu unterstützen. Wir baten Bundespräsident Heinz Fischer um ein Interview, um über die letzten sechs Jahre zu resümieren, die Schwerpunkte seiner Wahlkampagne zu erläutern und über die Kandidatur von Barbara Rosenkranz sowie die Grundwerte der Demokratie in der Zweiten Republik zu sprechen.

Übrigens, nicht vergessen: Bis 25. März müssen die Unterstützungserklärungen für Heinz Fischer im Wahlbüro eingelangt sein.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Budget-Vorschläge der SPÖ	4
Interview mit Staatssekretär Andreas Schieder zur Verwaltungsreform	5
Personenkomitee für Heinz Fischer...	6
Interview mit Bundespräsident Heinz Fischer	7
Mindestsicherung	8
Quergeschrieben von Volkshilfeschäftsführer Erich Fenninger zu „Österreich 2020“	14

Stufenplan für 40-Prozent-Frauenquote

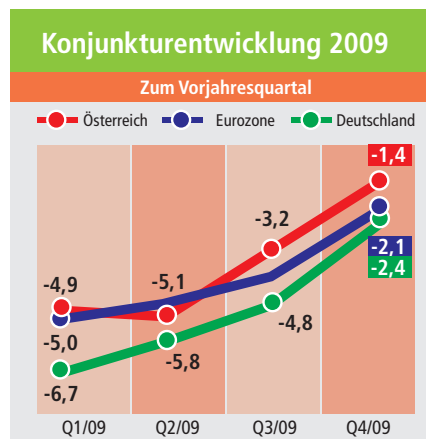
Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek will die Frauenquote in Aufsichtsräten auf 40 Prozent erhöhen. Ihr Vorschlag für Unternehmen des Bundes lautet, „so lang Frauen für freiwerdende Stellen zu nominieren, bis wir den vierzigprozentigen Anteil erreicht haben“. Konkret soll bis zum Ende der Legislaturperiode, also 2013, eine Quote von 25 Prozent, bis 2018 das 40-Prozent-Ziel erreicht sein. Jedes Jahr ist von den Unternehmen ein Fortschrittsbericht vorzulegen. Vorbildhaft: Die Deutsche Telekom hat vor kurzem eine Frauenquote für ihr Management beschlossen – bis 2015 sollten 30 Prozent der Führungspositionen mit Frauen besetzt werden.



Frauenministerin Heinisch-Hosek setzt auf einen langfristigen Plan zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen.

Knie

THEMEN DER WOCHE



Quelle: APA/Wifo/Eurostat | Grafik: SPÖ

Die Konjunkturmaßnahmen der SPÖ-geführten Bundesregierung wirken

Die Konjunkturentwicklung bestätigt den Kurs von Bundeskanzler Werner Faymann: Im vierten Quartal wuchs das BIP um 0,4 Prozent gegenüber dem Vorquartal. Im Jahresabstand ging das BIP um 1,4 Prozent zurück, vor einem Monat wurde noch von -1,5 Prozent ausgegangen.



Lehmann

„Ich stehe dafür, dass die öffentliche Hand im Kulturbereich auch in Zukunft ein verlässlicher Partner ist“: Kulturministerin Claudia Schmied.

Museen-Masterplan mit Vorwärtsstrategie

Bildungsministerin Claudia Schmied präsentierte vergangene Woche den „Masterplan für Investitionen in die Bundesmuseen bis 2013“. Darin enthalten: Drei Großprojekte mit einem Gesamtvolumen von 52 Mio. Euro – die Wiedereröffnung der Kunstkammer und des 20er-Hauses und die Schaffung eines Literaturmuseums. Schmied freut sich über „wichtige museumspolitische Investitionen mit großen kulturpolitischen und beschäftigungswirksamen Effekten“. Es ist ihr gelungen, trotz Krise eine „Vorwärtsstrategie“ in der Kultur einzuschlagen.

Zitat der Woche

„Arbeit ist für Selbstwertgefühl und Menschenwürde unerlässlich.“

Bundeskanzler Werner Faymann im Zuge der Debatte um die bedarfsorientierte Mindestsicherung



Bilderbox

100 Millionen Euro für Kleinunternehmen

EU macht Kredite locker

Die EU-Sozialminister haben sich auf ein Mikrokreditprogramm im Umfang von 100 Mio. Euro geeinigt. Damit soll Menschen nach einem Arbeitsplatzverlust eine Existenzgründung oder die Erweiterung eines Kleinunternehmens finanziert werden. Bei den Mikrokrediten geht es um Beträge bis zu 25.000 Euro. Die Kommission erwartet, dass mit Mitteln der Europäischen Investitionsbank (EIB) und anderen Finanzinstitutionen noch weitere 500 Mio. Euro mobilisiert werden können und dass in den nächsten acht Jahren etwa 45.000 Existenzgründern Kleinkredite gewährt werden können.



STANDPUNKT

Wir wissen, wo wir stehen!

Die Sozialdemokratie ist die soziale und gerechte Kraft in Österreich. Ihre Regierungsbeteiligung ist der Garant dafür, dass aktiv Politik für hart arbeitenden Menschen und für jene, die Hilfe benötigen gemacht wird.

Wahlen sind bekanntlich mehr als ein schwarzweißes Gewinner-Verlierer-Spiel. In Wahlen, egal auf welcher Ebene, bildet sich das politische Stimmungsbild einer bestimmten gesellschaftlichen Einheit ab; in einer Gemeinde, einem Bundesland oder Gesamtösterreich. Fakt ist, dass die Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher bei den letzten Nationalratswahlen der SPÖ und Werner Faymann ihr Vertrauen geschenkt haben. Laut aktuellen Umfragen liegt die SPÖ in der Sonntagsfrage einige Prozentpunkte über dem Ergebnis von 2008 und vor der ÖVP auf Platz eins. Aber genauso ist es Faktum, dass sich derzeit alle SPÖ-Organisationen – ganz gleich ob Bundespartei-, Landes- oder Ortsorganisationen – mit Wahlergebnissen auf ihren Ebenen messen, die in einer Zeit zustande gekommen sind, als die SPÖ auf Bundesebene in Opposition war und unter ÖVP-Kanzler Schüssel wohl die unpopulärste Regierung der Zweiten Republik regierte. Diese Tatsache ist für alle bevorstehenden Wahlkämpfe keine leichte Herausforderung.

Wieder einmal haben einige Wenige die Ergebnisse der geschlagenen Gemeinderatswahlen in Niederösterreich, Tirol und Vorarlberg zum Anlass genommen, die Sozialdemokratie abzuschreiben und in Frage zu stellen. Aber wir lassen uns nicht in Frage stellen! Die Sozialdemokratie hatte und hat den historischen Auftrag, DIE soziale und gerechte Kraft zu sein. Nicht nur in Österreich, sondern auch auf europäischer und internationaler Ebene. Das ist auch heute nach wie vor unser Anspruch. Dieser Aufgabe versuchen wir heute wie damals gerecht zu werden. Gesellschaftlicher Wohlstand verteilt sich nicht von selbst, soziale Gerechtigkeit ist weder von Zufällen noch von Eingebungen abhängig. Genauso wenig ist sie faktische Gegebenheit. Man muss sie immer wieder neu erkämpfen. Dafür braucht es eine starke Sozialdemokratie. Dafür braucht es eine Sozialdemokratie die in Regierungsverantwortung ist.



Gesellschaftlicher Wohlstand muss immer wieder neu erkämpft werden. Dafür braucht es eine starke Sozialdemokratie.

Wir wissen wo wir herkommen! Wir wissen wo wir stehen! Wir wissen wo wir hinwollen! Mit dem Zukunftsprojekt „Österreich 2020“ haben wir ein wichtiges Instrument für die Auseinandersetzung mit Zukunftsfragen geschaffen. „Die Qualität einer Demokratie ist umso beständiger, je vollständiger ihre Bürger sozial, wirtschaftlich und kulturell integriert sind“ – diese Worte des deutschen Politikwissenschaftlers Wolfgang Merkel beschreiben eine zentrale Aufgabe der Sozialdemokratie. Wir müssen die Partei öffnen, uns breiter aufstellen und nicht nur für, sondern vor allem mit den Menschen für mehr soziale Gerechtigkeit, Wohlstand und Verteilungsgerechtigkeit kämpfen. Neue Allianzen knüpfen und Partizipation leben: Das muss unsere Handlungsanleitung für die Zukunft sein. Solidarität darf keine Worthülse sein, Solidarität muss gelebt werden.

Die Rahmenbedingungen für unser Wirken haben sich gewandelt. Die Gesellschaft ist schnelllebig und komplexer geworden und ebenso haben sich die Bedürfnisse der Menschen verändert. Mehrheiten und Mobilisierungsstärke, wie sie noch zu Kreisky-Zeiten möglich waren, sind heute in weite Ferne gerückt. Viele historische Errungenschaften der Sozialdemokratie sind für eine Mehrheit der Menschen heute eine Selbst-

verständlichkeit – in der Realität sind sie aber nach wie vor umkämpft und nicht unumstritten. Ich erinnere an die schwarzblaue Bundesregierung unter Schüssel: Sozialabbau und Privatisierung standen in dieser Zeit auf der Tagesordnung und vor allem Arbeiter und Angestellte hatten darunter zu leiden.

Unter sozialdemokratischer Federführung in der Regierung steht eine Politik für die arbeitenden Menschen und für jene, die Hilfe benötigen im Vordergrund. Die Mindestsicherung stellt eindrucksvoll unter Beweis, dass Österreich auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten in aktive Armutsbekämpfung und Sozialpolitik investiert. Das ist einmalig in Europa. Die Sozialdemokratie ist die einzige Sicherheit dafür, dass alle erdenklichen Spielräume genutzt werden, um die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen. Das werden wir auch bei der Budgetkonsolidierung unter Beweis stellen. Mehrwertssteuererhöhung und massive Einschnitte in den Sozialstaat kommen für uns nicht in Frage.

„Die Sozialdemokratie ist die einzige Sicherheit dafür, dass alle erdenklichen Spielräume genutzt werden, um die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen.“

Wir werden diejenigen zur Kasse bitten, die die Krise mitverursacht haben. Unsere Vorschläge für einnahmenseitige Maßnahmen aus dem Finanzmarkt im Zuge der Budgetkonsolidierung liegen auf dem Tisch. Jetzt ist die Zeit für mehr Gerechtigkeit. Bankensolidarabgabe, Finanztransaktionssteuer, Vermögenszuwachssteuer, ein Ende der Absetzbarkeit von Managergehältern ab 500.000 Euro und das Stopfen von Steuerschlupflöchern sind nicht nur ein Beitrag zur Budgetkonsolidierung, sondern auch für mehr Gerechtigkeit. Mobilisieren wir gemeinsam für mehr Gerechtigkeit – wann wenn nicht jetzt. ♦

BUDGET

Konsolidierung durch

Um das Budget zu sanieren wird die SPÖ-geführte Bundesregierung einen ganz anderen Weg als Schwarz-Blau einschlagen – einen der sozialen Gerechtigkeit und Fairness.



HBF

„Unsere Maßnahmen sorgen für mehr Steuergerechtigkeit und verhindern, dass der Staat und die von ihm erbrachten Leistungen kaputt-gespart werden.“

**SPÖ-Finanzsprecher
Jan Krainer**

dass für uns die Ausgabenseite im Vordergrund steht und dass quer durch alle Ministerien nach Sparpotenzialen zu suchen ist.“

Kein Kahlschlag à la Schwarz-Blau

Sozialabbau und Belastungen wie unter Schwarz-Blau (siehe Infokasten) kommen für die SPÖ nicht in Frage. In den Jahren der Schüssel-Regierung ist es in Österreich bekanntermaßen zu einem massiven Kahlschlag in den verschiedensten Bereichen gekommen. So wurde im Bildungsbereich einge-

gespart und die Folge davon waren die schlechtesten Ergebnisse aller Zeiten beim PISA-Test. Auch wurde bei den Pensionen unsozial gekürzt. Die Erhöhungen lagen jahrelang unter der Inflation, aber die Pensionsprivilegien unter den Beamten blieben bestehen. Das Lohnsteueraufkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat von 2000 bis 2006 um 5,7 Prozent zugenommen, während die Gewinnsteuern (KöSt) um 15 Prozent gesunken sind. Auch die Steuerreform unter Schwarz-Blau hat den „Kleinen“ wenig gebracht. Im Durchschnitt bekamen Arbeitnehmer 11 Euro pro Monat, aber einigen Großkonzernen brachte sie Steuergeschenke in Milliardenhöhe. ♦

Die Devise für die SPÖ ist klar: Es müssen diejenigen für die Krise zahlen, die sie verursacht haben.

„Die Bevölkerung darf nicht das Gefühl haben, dass die Kosten einfach auf die breite Masse abgewälzt werden.“

Bundeschkanzler Werner Faymann

Sinnvolles und gerechtes Sparen hat für die Sozialdemokraten oberste Priorität. Neben der Bankensteuer gibt es noch weitere Möglichkeiten, Geld ins Budget fließen zu lassen, ohne die durch die Krise ohnehin getroffenen sozial Schwachen und die Mittelschicht zu belasten. Gerechte Einnahmequellen sind auch eine Vermögenszuwachssteuer auf Aktien,

höhere Stiftungssteuern sowie das Schließen von Steuerschlupflöchern und -privilegien. Insgesamt könnten so jährlich zwei Milliarden Euro eingenommen werden – 1,7 Milliarden Euro werden benötigt, um den Budgetpfad einzuhalten. „Wir wollen der Bevölkerung zeigen, dass es so etwas wie Gerechtigkeit gibt“, so Bundeskanzler Werner Faymann dazu.

Staat muss mit gutem Beispiel vorangehen

SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas betont, dass der Staat beim Sparen mit gutem Beispiel vorangehen muss: „Die Sozialdemokratie hat von Anfang an betont,

Fairness und Effizienz

INFO

SPÖ-Vorschläge zur einnahmenseitigen Konsolidierung

- ▶▶ Bankenabgabe (bringt 500 Mio. Euro)
- ▶▶ Finanztransaktionssteuer
- ▶▶ Steuer auf Vermögenszuwächse aus Finanzgeschäften und Finanzspekulationen
- ▶▶ Überprüfung des Steuerrechts für Stiftungen: höherer Zwischensteuersatz bei Stiftungen
- ▶▶ Ende der steuerlichen Absetzbarkeit für Managergehälter über 500.000 Euro
- ▶▶ Wegfall der Spekulationsfrist bei Aktien gewinnen
- ▶▶ Schließung von Steuerschlupflöchern und -privilegien

Diese Maßnahmen brächten bis zu 2 Milliarden Euro.

Belastungsmaßnahmen Schwarz-Blau

Bildung:

- ▶▶ Etwa 5.000 Lehrerinnen und Lehrer und mehr als 120.000 Wochenstunden wurden abgebaut, d.h. pro Kind und Woche eine halbe Stunde weniger Zeit
- ▶▶ Einführung der Studiengebühren
- ▶▶ Kürzung der Unterstützung für Schulveranstaltungen

Pensionskürzungen:

- ▶▶ Pensionserhöhungen unter der Inflationsrate
- ▶▶ 45 Jahre Arbeit sind nicht genug, vor dem 65. Lebensjahr 2,1 Prozent Abschläge/Jahr früher

Gesundheit:

- ▶▶ Einführung von Ambulanzgebühren
- ▶▶ Abschaffung der beitragsfreien Mitversicherung für Ehepartner und Lebensgefährten

Arbeitnehmerrechte:

- ▶▶ Kürzung des Krankengeldes (von 78 auf 52 Wochen)
- ▶▶ Kürzung des Urlaubs
- ▶▶ Entfall des Postensuchtages

INTERVIEW

„Mehr Effizienz bei finanzieller Optimierung“

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder zum Einsparungspotential bei der Verwaltung und zum Zwischenstand der Verwaltungsreform-Arbeitsgruppe.

SPÖ Aktuell: Herr Staatssekretär, großes Einsparungspotenzial erhofft man sich mit der Verwaltungsreform. Wieviel ist tatsächlich möglich?

Andreas Schieder: Hier müssen wir mehrere Punkte sauber auseinanderhalten. Die Hauptaufgabe der Verwaltungsreform ist, den Staat effizienter zu gestalten – bei gleichbleibender oder im Idealfall besserer Leistung für die Bürgerinnen und Bürger. Das muss unser oberstes Ziel sein. Wenn sich daraus finanzielle Optimierungen ergeben – und davon gehen alle Experten aus – ist das gut.

Außerdem gibt es Reformideen, die unterschiedliche Effekte haben. Manche helfen gleich, Geld zu sparen, andere werden ihre volle Wirkung erst in einigen Jahren erzielen. Aber es muss uns auch klar sein: Es gibt Vorschläge, die bringen mittel- und langfristig viel, sind kurzfristig aber sogar teurer als der Status quo. Die Summe hängt ganz stark davon ab, was jeder Player – der Bund, die Länder, die Gemeinden – dazu beitragen will. Je größer unsere gemeinsame Anstrengung, umso größer die zu erzielende Summe.

Die Arbeitsgruppe zur Verwaltungsreform hat die Probleme im Förderungswesen und Pensionsprivilegien ins Auge gefasst. Wie ist der Stand der Dinge?

Schieder: Wir haben uns 11 Arbeitsbereiche vorgenommen. Sechs davon haben wir abgeschlossen oder zumindest aufgemacht. Damit liegen wir voll im Zeitplan. So haben wir zum Beispiel im Bereich der Bildung eine akkordierte Position der Bundesregierung und bei der Frage der Effizienzsteigerung im Bund auch bereits erste Umsetzungsschritte in



Finanzstaatssekretär Andreas Schieder: Verwaltungsreform-Arbeitsgruppe hat sich bereits mit mehr als der Hälfte der vorgesehenen Bereiche beschäftigt.

Angriff genommen. Beim Förderungswesen und den Pensionen sind wir aktuell stark am Arbeiten. Aber es gilt: Am Ende werden wir beurteilen, was auf dem Tisch liegt, was möglich ist und was ein Gesamtpaket bringt.

Konkrete Ergebnisse gibt es ja bereits bei den Verwaltungsgerichten, auch wenn das in den Bereich der Verfassungs-Reform fällt...

Schieder: Das ist richtig! Es befindet sich derzeit ein Gesetzes-Entwurf des Bundeskanzlers in Begutachtung. Im Kern geht es darum, dass jedes Bundesland ein Verwaltungs-Gericht bekommen soll. Im Gegenzug dafür werden etwa 120 Sonderbehörden und Senate abgeschafft werden. Im Resultat wird das nicht nur deutliche Einsparungen bringen, sondern auch einfachere bürokratische Abläufe für die Menschen, etwa bei Beschwerden gegen Bescheide von Behörden. ♦

PERSONENKOMITEE

Prominente für Heinz Fischer

Über alle Parteigrenzen hinweg schart sich ein prominentes Personenkomitee um den amtierenden Bundespräsidenten Heinz Fischer und unterstützt dessen Wiederkandidatur. Vertreten sind Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur.

Das Personenkomitee „Für Österreich. Überparteiliche Initiative für Dr. Heinz Fischer“ versammelt Unterstützerinnen und Unterstützer für Bundespräsident Heinz Fischer. Diese Menschen befürworten die Wiederkandidatur von Heinz Fischer, beschreiben, was ihn für die Bundespräsidenten-Funktion besonders auszeichnet, erklären, warum er für diese Funktion besonders geeignet ist, argumentieren, warum er wiedergewählt werden sollte, beschreiben, warum sie persönlich ihn auf alle Fälle wieder wählen werden. Auf www.heinzfischer.at hat jeder die Möglichkeit, sich die Statements zur Wiederkandidatur durchzulesen und sich selbst als Unterstützer einzutragen.

Unterstützungserklärung bis 25. März abgeben!



So wird's gemacht:

Um kandidieren zu können, benötigt Heinz Fischer mindestens 6.000 Unterstützungserklärungen. Die Unterstützungserklärungen müssen persönlich auf dem Gemeindeamt bzw. dem Magistrat unterschrieben (!) und dort bestätigt werden. Die vollständige Unterstützungserklärung senden Sie dann bitte an das Wahlbüro Dr. Heinz Fischer, Argentinierstraße 22/2, 1040 Wien. Bitte achten Sie darauf, dass die Unterstützungserklärungen spätestens am 25. März im Wahlbüro einlangen müssen, um mit dem Wahlvorschlag abgegeben werden zu können. Die Unterstützungserklärung kann auf www.heinzfischer.at heruntergeladen werden. Auf jedem Gemeindeamt bzw. Magistrat liegt diese Erklärung auch als Blanko-Formular auf. Mit dem Formular mitzubringen ist noch ein amtlicher Lichtbildausweis, um sich ausweisen zu können. Falls Sie noch Fragen dazu haben, wenden Sie sich an die Hotline des Wahlbüros: 0810 2010 01 (österreichweit zum Ortstarif).

Ich unterstütze Dr. Heinz Fischer weil, ...



... weil ich mir keinen Besseren vorstellen kann. Es ist mir ein Bedürfnis, Dr. Heinz Fischer bei seiner neuerlichen Kandidatur zum Bundespräsidenten zu unterstützen, weil ich von seiner Arbeit überzeugt bin, weil er unser Land auch im Ausland so vertritt, wie ich als Österreicherin vertreten werden möchte.

Chris Lohner,
Moderatorin, Autorin, Schauspieler



... weil sein Interesse am Sport nicht gekünstelt, sondern authentisch ist. Ich habe den Bundespräsidenten als kenntnisreichen Sportinteressierten schätzen gelernt, der den Sport nicht zur eigenen Profilierung nützt. Sein Interesse am Sport ist nicht gekünstelt, sondern authentisch. Besonders im Fußball bin ich immer wieder überrascht von der Fachkenntnis von Heinz Fischer, der ja selbst Fußball gespielt hat.

Peter Pacult,
Trainer des SK Rapid Wien



Rudolf Taschner,
Mathematiker



„... er der beste Bundespräsident für Österreich ist.“

Elfriede Hammerl,
Journalistin und Schriftstellerin



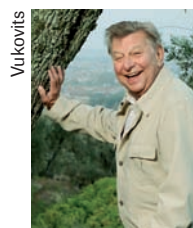
... er in Fragen der Integration und beim Asylrecht immer große Sensibilität bewiesen hat. Er hat auch das Integrationshaus besucht und damit seine Interesse an sozialen Fragen zum Ausdruck gebracht. Anlässlich eines Konzertes mit dem kurdischen Sänger Sivan Perwer, das ich organisiert habe, hat er nicht nur Solidarität mit dem kurdischen Volk gezeigt, sondern mir auch den Beinamen „Ostbahn-Kurdi“ verliehen, auf den ich heute noch stolz bin.

Willi Resetarits,
Sänger, Menschenrechtsaktivist



... weil er in seiner langjährigen politischen Laufbahn gezeigt hat, dass er über den Parteien steht und sich um eine neutrale Position bemüht. Heinz Fischer ist kein kühler Rechner, er zeigt auch Emotionen und repräsentiert unser Land gemeinsam mit seiner Frau Margit in bescheidener, aber bestechender Weise.

Reinhard Schwabenitzky,
Regisseur



... weil das Land ihn braucht. Heinz Fischer ist ein Mensch mit Haltung, einer, der sich nicht verbiegen lässt, einer der kein Opportunist ist, einer der nicht spurt, einer der ganz genau weiß, was für dieses Land richtig ist. Ich war als Journalist mein Leben lang um Objektivität bemüht. Ich habe mir immer eine kritische Distanz bewahrt. Dennoch unterstütze ich heute Dr. Heinz Fischer. Weil er der richtige Mann für Österreich ist. Das Land braucht ihn.

Hugo Portisch,
Journalist

INTERVIEW

„Republik beruht auf demokratischen Grundwerten“

Bundespräsident Heinz Fischer zu seiner Wiederwahl-Kampagne, zu seiner Amtsauffassung und zur Kandidatur von Barbara Rosenkranz.



Glaubwürdigkeit, Besonnenheit und Ruhe: Das zeichnet den amtierenden Bundespräsidenten Heinz Fischer aus und sichert ihm Anerkennung über die Parteigrenzen hinweg.

SPÖ Aktuell: Herr Bundespräsident, wie bilanzieren Sie die letzten sechs Jahre?

Heinz Fischer: Vieles hat sich in den letzten Jahren politisch bewegt. Es gab zwei Regierungsbildungen, den österreichischen UNO-Vorsitz 2006, zahlreiche internationale Zusammentreffen, etc. Durch meine Besuche in allen österreichischen Bezirken und im Ausland habe ich gute Beziehungen zu wichtigen Funktions- und Entscheidungsträgern, Religionsgemeinschaften sowie Künstlerinnen und Künstlern entwickelt und mich immer bemüht, die rotweißrote Fahne hochzuhalten.

Was ist Ihrer Meinung nach das überzeugendste Argument, das für eine Wiederwahl Heinz Fischers spricht?

Fischer: Ich bin davon überzeugt, dass meine sechsjährige Tätigkeit als Bundespräsident die konkreteste, glaubwürdigste und überzeugendste Art ist, für eine Wiederwahl zu werben.

Wie sehen die Eckpunkte Ihrer Kampagne aus?

Fischer: Meine Kampagne steht unter dem Motto „Unser Handeln braucht Werte“. Das ist bewusst kein reißerischer Slogan, sondern eine solide Basis für das Amt. Ich möchte damit die Bedeutung von Werten für unser aller Zusammenleben betonen: Werte wie soziale Gerechtigkeit, eine Wirtschaft, in der Leistung und Solidarität keine Gegensätze sind, eine Politik mit Gewissen, eine Politik, die auf Menschenwürde basiert. Abgesehen davon möchte ich die Phase des Wahlkampfes möglichst kurz, fair und sparsam gestalten.

Welchen Beitrag hat Ihrer Auffassung nach der Bundespräsident bei der Wahrung der demokratischen Grundwerte in Österreich zu leisten?

Fischer: Zum Anforderungsprofil eines Bundespräsidenten zählen gewiss Glaubwürdigkeit, Überparteilichkeit, das Vermitteln von Ruhe, Besonnenheit und Sicherheit. Es geht auch darum, Orientierung zu geben. Wenn wir gegen die Politikverdrossenheit ankämpfen wollen, brauchen wir eine neue Ernsthaftigkeit im Umgang

mit Problemen. Wir brauchen Fairness und Sachlichkeit statt Populismus. Unsere Gesellschaft muss außerdem jungen Menschen mehr Perspektiven bieten. Vor allem jungen Menschen müssen wir zeigen, dass Zusammenhalt und Solidarität stark machen.

Es gibt nun zwei Kandidaten für das Amt in der Hofburg. Barbara Rosenkranz ist für viele Menschen mit antifaschistischer Gesinnung eine unwählbare Option. Was möchten Sie diesen Menschen sagen?

Fischer: Der Erfolg der Zweiten Republik beruht zu einem entscheidenden Teil darauf, dass wir aus den Fehlern der Geschichte gelernt haben, dass wir eine feste Feuermauer errichtet haben, die die Zeit des Nationalsozialismus von der demokratischen Republik abgrenzt. Diese demokratische Republik beruht auf Grundwerten, und ich benutze

die Gelegenheit, an möglichst viele Österreicherinnen und Österreicher die Bitte zu richten, unsere Grundwerte hochzuhalten. Die Verurteilung des Nationalsozialismus, das Entsetzen über die systematische Vernichtung von Menschen in Gaskammern und das Bekenntnis zu allgemein gültigen Menschenrechten zählen zu den Fixpunkten dieser Grundwerte. Das schulden wir den Opfern des Nationalsozialismus, aber auch künftigen Generationen.

Die ÖVP hat keinen eigenen Kandidaten gestellt. Welches Angebot wollen Sie den ÖVP-Wählerinnen und Wählern machen, diesmal für Heinz Fischer zu stimmen?

Fischer: Ich glaube nicht, dass ÖVP-Wählerinnen und Wähler über ihren Schatten springen müssen, wenn sie sich für den amtierenden Bundespräsidenten, dessen Amtsführung man sechs Jahre lang beobachten konnte, entscheiden. Ihnen möchte ich ein konkretes und sachliches Angebot machen: Durch Positionen, die weit über die Grenzen einer Partei hinausreichen. ♦

ASYL

Drittes Asylerstaufnahmezentrum „derzeit“ vom Tisch

Sinkende Asylzahlen machen ein drittes Erstaufnahmezentrum überflüssig. Auch Innenministerin Fekter schwenkt daher auf SPÖ-Linie ein.

Pertramer



Für „Asyl mit Maß und Ziel“ steht Landeshauptmann Hans Niessl. Statt überdimensionierten Erstaufnahmezentren fordert er moderne Integration und schnelle Asylverfahren.

Die aktuellen Asylzahlen bestätigen den SPÖ-Kurs: In den ersten beiden Monaten dieses Jahres sind die Ansuchen auf Asyl um rund ein Drittel gesunken. Ein drittes Erstaufnahmezentrum ist somit nicht notwendig. „Derzeit brauchen wir keine zusätzliche Infrastruktur“, bestätigte Innenministerin Fekter in der ZIB die Position der SPÖ. Bundeskanzler Werner Faymann hat sich bereits für eine verbesserte Nutzung bestehender Ressourcen und für die Schaffung eines Bundesamtes für Asyl und Migration ausgesprochen. So soll eine weitere Beschleunigung der Asylverfahren gewährleistet werden.

Volksbefragung im Südburgenland

„Für Asyl mit Maß und Ziel“ lautet die Devise der SPÖ-Burgenland für die kommende Volksbefragung am 21. März.

Der südburgenländischen Bevölkerung wird so die Möglichkeit gegeben, selbst über die Errichtung eines Erstaufnahmezentrums zu entscheiden und der Vorgehensweise des „Drüberfahrens“ von Innenministerin Fekter eine Absage zu erteilen.

Die Befragung richtet sich jedoch nicht gegen Asylwerber, sondern fordert menschenwürdigen Umgang mit Schutzsuchenden. Dies zeigen vor allem die Forderungen, die mit der Volksbefragung verknüpft sind: Anstelle von überdimensionierten Asylzentren spricht man sich für moderne Integration und schnelle Asylverfahren aus.

Sowohl für SPÖ-Landeshauptmann Hans Niessl als auch für SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas steht jedenfalls fest, dass das Ergebnis der kommenden Volksbefragung bindend sein muss.

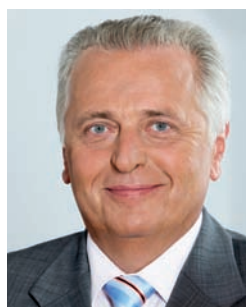
SOZIALES

Mindestsicherung auf dem Weg

Mit der Mindestsicherung setzt die SPÖ-geführte Bundesregierung eine effektive Maßnahme zur Armutsbekämpfung. Sie wird fix ab September ausbezahlt.

Wir haben heute die bedarfsorientierte Mindestsicherung beschlossen. Es ist für mich sehr wichtig festzuhalten, dass wir ein Land sind, das auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Maßnahmen zur Armutsbekämpfung aktiv umsetzt“, so Bundeskanzler Werner Faymann. Mit der bedarfsorientierten Mindestsicherung hat die SPÖ-geführte Bundesregierung ein weiteres Instrument entwickelt, um Menschen ein Sprungbrett zurück in den Arbeitsmarkt zu bieten, denn „es gibt keine Wahlmöglichkeit zwischen Arbeit und Mindestsicherung“, so Faymann. Die Leistung kann nur bezogen werden, wenn auch die Bereitschaft zur Annahme einer Beschäftigung vorhanden ist.

Von der Mindestsicherung, das sind 744 Euro netto monatlich für Einzelpersonen, 1.116 Euro für Paare und 134 Euro pro Kind, werden etwa 270.000 Menschen profitieren. „Mindestsicherung heißt mehr soziale Sicherheit, aber auch mehr Verantwortung für die Bezieher“, so Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Jene Teile der Vereinbarung, die den Bund betreffen, wurden bereits abgesegnet. Ausständig sind nun vor allem noch entsprechende Beschlüsse der Länder, um ein Inkrafttreten der Mindestsicherung mit erstem



Sozialminister Hundstorfer will, dass die Mindestsicherung bei etwaigen Verzögerungen rückwirkend ausbezahlt wird.

September zu ermöglichen. Sollte es zu Verzögerungen kommen, wird die Mindestsicherung rückwirkend ausbezahlt, so Hundstorfer.

Chance auf soziale Teilhabe

SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits: „Die Mindestsicherung zielt darauf ab, strukturelle Benachteiligungen zu bekämpfen und jenen, die benachteiligt sind, wieder eine Chance auf soziale und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.“

GLOBALE FINANZMÄRKTE

**REGULATE
GLOBAL FINANCE
NOW!**

„Regulierung - jetzt“

Die neue europäische Initiative „Regulate Global Finance Now“ startete ihre Offensive für eine effektive Regulierung des Finanzsektors in Wien.

Mit der neuen Kampagne unter dem Motto „Regulate Global Finance Now“ hat eine Plattform aus Gewerkschaften, NGOs, progressiven Parteien sowie Bürgerinnen und Bürgern ihren Forderungen nach einem europaweiten Kurswechsel auf den globalen Finanzmärkten ein Gesicht verliehen. Bei einer Auftaktveranstaltung in Wien wurde die Kampagne vom Präsidenten der Europäischen Sozialdemokraten Poul Rasmussen, Finanzstaatssekretär Andreas Schieder, AK-Präsident Herbert Tumpel und ÖGB-Präsident Erich Foglar präsentiert. Diese europaweite Initiative hat eine klare Stoßrichtung: „Die Ursachen für künftige Krisen jetzt verhindern, die richtigen Lehren aus der Krise ziehen und auf die richtigen Maßnahmen setzen“, so Schieder.



Lehmann

„Europaweit wächst die Zahl der Unterstützer für eine Finanztransaktionssteuer. Diesen Rückenwind müssen wir nutzen, um eine echte Reform der Finanzmärkte durchzusetzen“, so Finanzstaatssekretär Andreas Schieder.

Finanztransaktionssteuer einführen

„Die Finanzmärkte müssen strenger reguliert werden, um eine Wiederholung der Finanzkrise zu verhindern. Wir brauchen eine Regulierung, die fair, transparent und effektiv ist“, betonte Rasmussen. Die Kampagne fordert neben einer effektiven Regulierung des Finanzsektors auch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. So sollen auch diejenigen für die Krise bezahlen, die sie verursacht haben. Steuern auf Transaktionen würden kurzfristige Spekulationen unattraktiver machen. Darüber hinaus leiste die Finanztransaktionssteuer einen wesentlichen Beitrag zur Budgetkonsolidierung der Haushalte innerhalb der Europäischen Union, so Schieder. Eine Studie des österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo) zeigt, dass bereits ein Steuersatz von 0,01 Prozent der Einnahmen rund 0,7 Prozent des Europäischen BIP bringen würde. Dies entspräche einer stattlichen Summe von über 80 Milliarden Euro.

Gesellschaftliches Ungleichgewicht bekämpfen

Ein weiteres gemeinsames europäisches Ziel ist, eine Wirtschaftsordnung zu schaffen, die nachhaltiges Wachstum fördert,

gesellschaftliches Ungleichgewicht bekämpft und sozial gerechte Verteilung ermöglicht. Vor allem in Zeiten von Lohneinschnitten und steigender Arbeitslosigkeit muss der Schutz der Arbeitsplätze ganz klar Vorrang vor reiner Profitgier haben. Die Initiatoren der Kampagne fordern deshalb unter dem Slogan „ArbeitnehmerInnen zuerst!“ einen Stopp von Bonuszahlungen für Manager in Milliardenhöhe. ÖGB-Präsident Erich Foglar bekräftigte, dass die Kampagne zu einem Umdenken in ganz Europa anregen soll: „Arbeitnehmer zuerst, dann die Finanzwirtschaft.“

Steuerschlupflöcher schließen

In Zeiten der Krise benötigen die europäischen Staaten jeden Cent. Arbeiterkammer-Präsident Herbert Tumpel sieht in der Steuerhinterziehung ein weiteres Problem, das es zu bekämpfen gilt: „Wir müssen die Steuerschlupflöcher schließen. Das wäre ein wesentlicher Beitrag zur Reduzierung der Defizite in allen europäischen Ländern.“

Kampagne trägt erste Früchte

Die Forderungen der Kampagne scheinen erste Früchte zu tragen: Das europäische Parlament hat mit einer deutlichen Mehrheit (538 von 616 Abgeordneten) die europäische Kommission aufgefordert,

die Einführung von Steuern auf Finanzgeschäfte zu prüfen. Damit rückt in greifbare Nähe, was vor einigen Monaten von vielen noch als unrealistische Forderung abgetan wurde. Der Beschluss ist vor allem ein Erfolg der europäischen Sozialdemokratie und der europäischen Gewerkschaften, die sich bei jeder Gelegenheit vehement und unermüdlich für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer eingesetzt haben. Auch Bundeskanzler Werner Faymann hat die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und die stärkere Regulierung der Finanzmärkte immer ganz oben auf seine politische Agenda gesetzt.

Global Progressive Forum

Im Rahmen einer Konferenz des Global Progressive Forum diskutierten am vergangenen Montag internationale Befürworter aus Europa und den USA Möglichkeiten zur Durchsetzung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer. Finanzstaatssekretär Schieder betonte ein weiteres Mal: „Während Regierungen weltweit große Anstrengungen unternehmen, um die Wirtschaft zu stabilisieren und Arbeitsplätze zu schützen, wird an den Börsen munter weiter spekuliert. An diesem Punkt müssen wir eine klare Stopplinie ziehen: Bis hierhin und nicht weiter.“

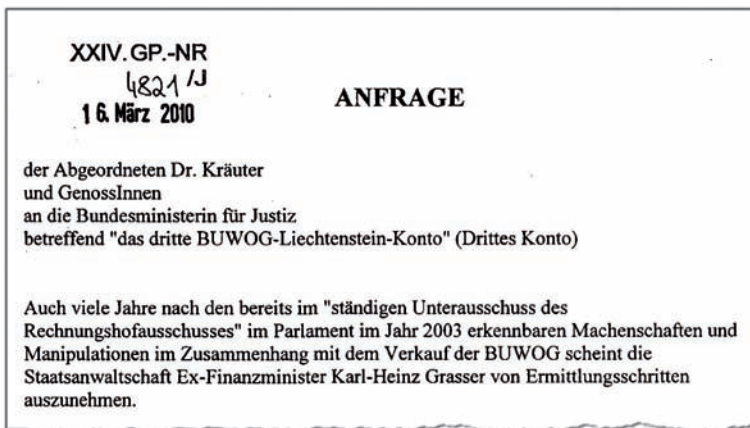
BUWOG

Neuer Verdacht gegen Grasser

Thema einer parlamentarischen Anfrage in Sachen Buwog ist ein „drittes Konto in Liechtenstein“ sowie eine „Fehlüberweisung“ an Grasser.

Im Buwog-Skandal, bei dem es um die Vergabe von ca. 60.000 Bundeswohnungen um 961 Millionen Euro im Jahr 2004 sowie Zahlung von 9,9 Millionen Euro Provision geht, gibt es einen neuen Verdacht gegen den damaligen Finanzminister Karl-Heinz Grasser. Eine parlamentarische Anfrage von SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter thematisiert ein „drittes Konto“ bei der Hypo Investment Bank Liechtenstein, auf welches Buwog-Provisionsmillionen geflossen sein sollen sowie eine angebliche „Fehlüberweisung“ von eben dieser Bank auf ein Konto Grassers. Für Grasser, der in dem laufenden Buwog-Ermittlungsverfahren als Beschuldigter geführt wird, gilt die Unschuldsvermutung.

Die Hypo Investment Bank Liechtenstein steht, wie aus Ermittlungsakten der „Soko Constantia“ hervorgeht, derzeit im Zentrum der Untersuchungen zu den Provisionsgeldern. Im Zusammenhang mit dem „dritten Konto“ äußert Kräuter den Verdacht, die Staatsanwaltschaft „nehme Grasser von Ermittlungsschritten aus“. Kräuter fordert, „die sofortige Öffnung von Grassers Privatkonten“, wie dies bereits bei den damaligen



Die brisante Anfrage an Justizministerin Claudia Bandion-Ortner



Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter fordert die Durchleuchtung der Grasser-Konten.

Grasser-Freunden Peter Hohegger, Walter Meischberger und Ernst Karl Plech geschehen sei. Gegen diese drei Personen, für welche ebenfalls die Unschuldsvermutung gilt, laufen Ermittlungen in Zusammenhang mit der Buwog-Provision.

Anfang März hatte die Staatsanwaltschaft den Verband österreichischer Banken und Bankiers per gerichtlicher Anordnung aufgefordert, sämtliche Kontoverbindungen der Beschuldigten Hohegger, Meischberger und Ex-Buwog-Aufsichtsratsvorsitzenden Plech, der mit Grasser gemeinsam eine Immobilienfirma hat, bekannt zu geben. „Warum Grasser ausgenommen wurde ist mir schleierhaft, er gehört selbst-

verständlich auch gescannt“, sagt Kräuter. In der parlamentarischen Anfrage heißt es unter anderem konkret: „Gibt es Erhebungen der Staatsanwaltschaft, wer neben den zwei Kontoinhabern Ernst Karl Plech und Walter Meischberger der Inhaber des dritten Kontos bei der Hypo Investment Bank (Liechtenstein) AG ist?“ sowie „Werden im Rahmen der Ermittlungen Zahlungsflüsse wie zum Beispiel eine „Fehlüberweisung“ von der Hypo Investment Bank (Liechtenstein) AG auf ein Konto des Ex-Finanzministers Karl-Heinz Grasser einer Bank in Kitzbühel untersucht?“

VERKEHR

E-Mobilität „Made in Austria“

Infrastrukturministerin Doris Bures präsentierte den Nationalen Einführungsplan Elektromobilität.

Elektromobilität ‚Made in Austria‘ hat Zukunft“, sagte Infrastrukturministerin Doris Bures bei der Präsentation des Nationalen Einführungsplans Elektromobilität. Darin sind klare Zielsetzungen für die Einführung von Elektromobilität in Österreich formuliert. Konkret geht es darum, E-Mobilität in Österreich marktfähig zu machen. Wesentlich dabei: Forschung und Entwicklung, die Errichtung der Infrastruktur, z.B. „Stromtankstellen“, und die Verkehrsplanung. Das BMVIT hat

die Mittel dafür auch dieses Jahr wieder um 50 Prozent auf 60 Millionen Euro erhöht. Zwei Drittel der Mittel werden in die Forschung an alternativen Antriebssystemen investiert. Bis 2020 soll ein Viertel der 4,3 Millionen zugelassenen Fahrzeuge auf Österreichs Straßen mit Alternativantrieb fahren. „Wir müssen die Kräfte noch stärker bündeln, um europaweit und global im Spitzenfeld zu bleiben“, so Bures.

„Elektromobilität ist ein ganz zentrales Zukunftsthema und wir stellen heute gemeinsam die Weichen, um die Nase in diesem Bereich vorn zu haben“, so Verkehrsministerin Doris Bures.



Wirtschaft

Die Rückkehr des Meisters

Robert Skidelsky interpretiert Keynes wirtschaftliche Analysen neu. Er zeigt, dass sie gerade in Zeiten der Krise aktueller denn je sind.

Wie ein entfesselter Kapitalismus das weltweite Wirtschaftssystem beschädigen kann, war gerade zu besichtigen. Aber gibt es zu diesem System überhaupt Alternativen, und wie sehen sie aus? John Maynard Keynes, einer einflussreichste Wirtschaftstheoretiker aller Zeiten, hat schon vor einem halben Jahrhundert darüber nachgedacht, und seine Analysen sind heute aktueller denn je. Keynes Wirtschaftstheorie war nie ganz tot, selbst in Zeiten blinder Marktgläubigkeit blieben seine Ideen unter-

schwellig präsent. Denn die Grundgedanken seiner „Allgemeinen Theorie“ zielen auf den Kern: „Niemand kennt die Zukunft.“ Wirtschaftskrisen sind nicht die große Ausnahme, sondern Teil der Marktwirtschaft. Deswegen muss der Staat eingreifen. Vor allem aber ist Wirtschaft kein Selbstzweck. Sie hat dem Menschen, dem guten Leben zu dienen. Diese brillante Analyse der Keyens-Koryphäe ist Pflichtlektüre für jeden, der unsere aufgewühlten Zeiten verstehen will. ♦

Sachbuch

Common Wealth

Nach ihrem Bestseller „Empire“ legen Michael Hardt und Antonio Negri ein neues Meisterwerk vor.

In „Common Wealth“ wird ein provozierend optimistischen Gesellschaftsentwurf präsentiert. In der gegenwärtigen Krise wächst das gesellschaftliche Unbehagen am Kapitalismus. Viele Menschen fragen jetzt nach einer menschlicheren Alternative des Zusammenlebens.

Eine Gesellschaft jenseits von Maximen wie Profit, Konkurrenz und Besitzdenken – ist das möglich? Dieser Frage gehen der Literaturwissenschaftler Hardt und der politische Philosoph Negri nach.

Sie entwickeln auf mehr als 400 Seiten einen Gesellschaftsentwurf, der nicht länger auf dem neoliberalen Gegensatz von Privatbesitz und öffentlichem Eigentum, sondern auf der Idee des Gemeinsamen („Common“) beruht. Ressourcen wie Wasser, Luft und Pflanzen und immaterielle Güter wie Wissen und Information gehören uns allen. Wenn wir sie teilen, wird der Weg frei für eine gerechtere Gesellschaft, an der alle teilhaben können. ♦

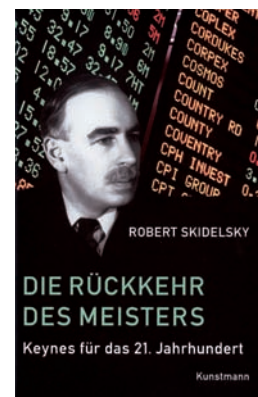
Report

Aufmarsch

Der Leser erfährt aus erster Hand, wie die Netzwerke der rechtsextremen und radikal nationalistischen Gruppen funktionieren.

Man erfährt in dem Buch, warum sich viele junge Menschen von der Demokratie abwenden. Rechtsradikale Parteien und neofaschistische Gruppen werden zu einem immer größeren Problem in den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas. Wahlerfolge in Ungarn und der Slowakei machen ebenso Schlagzeilen wie die blutige Jagd auf Minderheiten durch paramilitärische Gruppen oder Skinheads in Serbien oder Tschechien. Genaue Information über die rechtsextreme Szene

im Osten tut Not, um das Bedrohungspotenzial, das von ihr ausgeht, richtig einschätzen zu können. Die Korrespondenten Gregor Mayer und Bernhard Odehnal beobachten seit Jahren die wachsende Bedrohung. In ihrem Buch beleuchten sie in Reportagen und Analysen die rechtsextreme Szene in Osteuropa und zeigen auf, wie gegen Roma, Juden und Homosexuelle gehetzt wird und wie diese rechtsextremistische Propaganda in den Mainstream einsickert. ♦

☐ Stk.


Robert Skidelsky:
Die Rückkehr des Meisters.
Antje Kunstmann GmbH,
München 2010;
304 S., 20,50 €

☐ Stk.


Michael Hardt/Antonio Negri:
Common Wealth.
Das Ende des Eigentums.
Campus Verlag,
Frankfurt/New York 2010;
437 S., 35,90 €

☐ Stk.


G. Mayer, B. Odehnal:
Aufmarsch. Die rechte Gefahr aus Osteuropa.
Residenz, St. Pölten 2010;
297 S., 21,90 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



SPÖ FRAUEN

Weiter auf der Leiter



Die SPÖ Frauen touren bis Juni mit ihrer neuen Kampagne durch Österreich. Ihre zentrale Forderung: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Unter dem Titel „Karriere jetzt: Weiter auf der Leiter!“ setzen sich die SPÖ Frauen für die Gleichberechtigung der Frau am Arbeitsmarkt ein. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek hat bereits mit einer konkreten Forderung für Aufsehen gesorgt: Die Lohntransparenz soll im Gleichbehandlungsgesetz verankert werden. „Dass Frauen für die gleiche Arbeit weniger Geld bekommen als Männer, muss endlich ein Ende haben. Das geht nur, wenn wir der Heimlichtuerei bei den Einkommen endlich den Riegel verschieben“, so Heinisch-Hosek. Wer diese Forderung unterstützen will kann sich unter plattform.frauen.spoe.at in eine Unterstützungs-Liste eintragen. Weitere Forderungen der SPÖ Frauen sind Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung und verpflichtende Quoten für Führungspositionen. ♦



Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung käme auch ihm zu Gute: Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist auch eine Einladung an die Väter sich stärker zu beteiligen.



Die Frauenministerin informiert persönlich über die Kampagne der SPÖ-Frauen: Karriere jetzt: Weiter auf der Leiter!“



Frauenministerin Heinisch-Hosek, ÖGB-Bundesfrauenvorsitzende Brigitte Ruprecht und SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz kämpfen für die Gleichberechtigung der Frau am Arbeitsmarkt.

Fotos: Astrid Knie

VORARLBERG

Neuer Geschäftsführer für die SPÖ im Ländle



Seit dem 1. März leitet Reinhold Einwallner die Geschäfte der SPÖ-Vorarlberg. Der neuen Aufgabe und den damit verbundenen Herausforderungen blickt er mit Zuversicht entgegen.

Seine Wahl war einstimmig: Sowohl das SPÖ-Präsidium als auch der Landespartei Vorstand sprachen Reinhold Einwallner geschlossen ihr Vertrauen aus. Der heute 36-jährige gebürtige Steirer ist seit gut 20 Jahren politisch aktiv. Begonnen hat seine politische Laufbahn in der steirischen Gemeinde Trofaiach, wo er als Jugendreferent der örtlichen SPÖ tätig war. In Folge wurde er Gemeindevertreter und SPÖ-Fraktionsvorsitzender der Vorarlberger Gemeinde Hörbranz. Von 2004 bis 2009 war Einwallner als Bundesrat tätig. Seit 2004 hat er auch den Vorsitz des Sozialdemokra-

tischen Wirtschaftsverbandes inne, an dessen Gründung er maßgeblich beteiligt war.

Herausforderungen, Ziele, Perspektiven

„Mir ist bewusst, dass es keine leichte Aufgabe wird, die Geschäftsführung der SPÖ zu übernehmen. Trotzdem bin ich davon überzeugt, dass ich diese Herausforderung durch meine Erfahrung aus Wirtschaft und Politik bewältigen kann und freue mich darauf“, so der Neolandesgeschäftsführer über seine neue Tätigkeit. Als Arbeitsschwerpunkt hat Einwallner die Betreuung der Ortsorganisationen in den Vordergrund gestellt: „Das ist der Grundstein für eine funktionierende Organisation und der Grundstein dafür, dass wir in Zukunft wieder erfolgreich sein werden“, so Einwallner. ♦



Starke Ortsorganisationen sind für den neuen SPÖ-Landesgeschäftsführer Reinhold Einwallner der Grundstein für zukünftige Erfolge. Ihre Betreuung hat er zu seinem Arbeitsschwerpunkt erklärt.

SPÖ Vorarlberg

BURGENLAND

Der Aufstieg geht weiter



Unter SPÖ-Landeshauptmann Hans Niessl erlebt das Burgenland wirtschaftlichen Aufschwung und trotz erfolgreich der Krise.

Durch verstärkte Investitionen in den Bereichen Infrastruktur, Tourismus und erneuerbare Energien schafft es das Burgenland die Folgen der Wirtschaftskrise abzufedern. Die positive Wirkung von Konjunkturpaketen, der Sanierungsoffensive und dem gemeinsamen Investitionsprogramm von Bund, Land und landesnahen Betrieben kann man an der positiven Entwicklung des burgenländischen Arbeitsmarktes ablesen. Das Burgenland ist eines der drei Bundesländer, in denen es nach der Krise wieder einen Rückgang der Arbeitslosigkeit gibt. Auf diesen Erfolgen will sich Landeshauptmann Hans Niessl nicht ausruhen. Vor allem in die Ausbildung und Qualifikation der burgenländischen Jugend wird verstärkt investiert. Niessl – er ist seit neun

Jahren Landeshauptmann des Burgenlandes – ist für die burgenländische Aufholjagd federführend verantwortlich. Die

Grundzüge seiner Politik gibt es nun auch zum Nachlesen in Buchform (siehe Kasten). ♦

BUCHTIPP



Hans Niessl: Der Aufstieg geht weiter

Über 500 Fragen, die politische Themen von Beschäftigung über Bildung und Sicherheit bis hin zu Wirtschaft und Sport behandeln, werden – im Gespräch mit Landesgeschäftsführer Georg Pehm und dem Programmchef des Burgenländischen Kabelfernsehens Fery Tschank – bearbeitet. Das Vorwort steuerte Bundespräsident Heinz Fischer bei.

Georg Pehm und Feri Tschank:
HANS NIESSL. Der Aufstieg geht weiter
edition lex liszt 12, Oberwart 2010;
300 S., 19,51 €

NIEDERÖSTERREICH/TIROL/VORARLBERG

Gemeinderatswahlen in drei schwarzen Kernländern



In einzelnen Gemeinden konnte die SPÖ dazu gewinnen.

2,2 Millionen Österreicherinnen und Österreicher waren bei den Gemeinderatswahlen in Niederösterreich, Vorarlberg und Tirol wahlberechtigt. Für die SPÖ brachte die Wahl ein „durchwachsendes Ergebnis“ wie es der Landesparteivorsitzende der niederösterreichischen Sozialdemokraten, LHStv. Sepp Leitner auf den Punkt bringt. Leitner freut sich über die Zugewinne in einzelnen Gemeinden wie etwa Purkersdorf und Brunn am Gebirge sowie über die Verteidigung der SPÖ-Mehrheit in Wiener Neustadt.

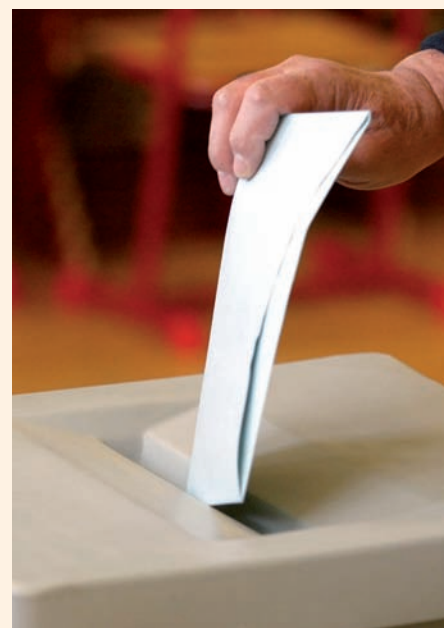
Die SPÖ Tirol stellt seit Sonntag mehrere neue Ortschefs. Diese konnten sich gegen amtierende ÖVP-Bürgermeister

durchsetzen. Für SPÖ-Chef, LHStv. Hannes Gschwentner sind diese Farbwechsel ein Zeichen für den klaren Aufwärtstrend der Tiroler Sozialdemokraten.

Vorarlbergs SPÖ-Chef Michael Ritsch sieht nach den Verlusten bei der Wahl zuversichtlich in die Zukunft. Man sei gerade dabei die Partei neu zu organisieren um dann gestärkt in die nächsten Wahlausscheidungen zu gehen. „2014 und 2015 werden wir schönere Wahlergebnisse haben“, ist Ritsch zuversichtlich.

Dank für die engagierten Wahlkämpfer

Alle drei Landesparteiheads bedankten sich bei den Funktionärinnen und Funktionären, die mit vollem Engagement den Gemeinderatswahlkampf unterstützt hatten. Auch gratulierten sie den SP-Bürgermeistern und Gemeinderäten die in ihrer erfolgreichen Arbeit bestätigt wurden. ♦



Die Wähler haben entschieden: SPÖ-Bürgermeister in Telfes und Natters (Tirol), Zugewinne u.a. in Purkersdorf (NÖ).

picturedesk



Spöla

Vision für 2020: Ein Österreich ohne Armut

Österreich gehört zu den reichsten Ländern der Welt, aber nicht alle profitieren davon.

In den letzten Monaten hat sich dank der Niedrigzinspolitik und milliardenschwerer Konjunkturprogramme die Wirtschaftslage stabilisiert. Damit konnte ein tiefer Einbruch in der Dimension der 1930er Jahre verhindert werden. Neuerliche Rückschläge sind keineswegs ausgeschlossen, etwa durch Probleme im Finanzsystem oder einen Einbruch der deutschen Automobilproduktion.

Bruno Kreisky betonte, dass die Sozialdemokratie eine Vision haben muss, da sonst alle ihre Anstrengungen ein sinn- und zielloses Taktieren darstellen würde. Meine Vision für die Zukunft ist eine Welt ohne Armut, ein Europa ohne Armut. Das konkret anzupeilende Ziel – und hier sollte es sich nicht um eine Vision handeln – ist ein Österreich im Jahr 2020, in dem niemand unter akuter Armut leidet. Das Ziel muss beschlossen, angepeilt und kommuniziert werden. Und es müssen Menschen gesucht werden, die das Ziel mit uns umsetzen wollen.

„In Österreich gibt es enorme Ungleichheiten in den Bereichen Geld, Immobilienvermögen, Unternehmensbeteiligungen und Erbschaften.“

Armut ist kein Naturereignis, Armut wird gemacht. Es ist noch nicht lang her, als vom Weltsozialforum initiiert, weltweit unter dem Leitsatz „Wir zahlen nicht für eure Krise“ demonstriert wurde. Mittlerweile zahlen wir alle die Zeche für einen freien, unregulierten Markt neoliberaler Prägung. Tony Atkinson hat nachgewiesen, dass die soziale Ungleichheit nach vierzig erforschten Wirtschaftskrisen der Vergangenheit jeweils noch wuchs. In Österreich gibt es enorme Ungleichheiten in den Bereichen



Viele Menschen in Österreich müssen jeden Euro zweimal umdrehen, bevor sie ihn ausgeben.

Geld, Immobilienvermögen, Unternehmensbeteiligungen und Erbschaften. 10 Prozent der Menschen verfügen über 54 Prozent des Geldvermögens und 61 Prozent des Immobilienvermögens. Die soziale Schere ist teuer und verursacht Kosten. Die Ausprägung der Ungleichheit korreliert unmittelbar mit dem Ausmaß an Gewalt, Konflikten und Krankheit. Genauso wie das persönliche Sicherheitsbedürfnis mit der sozialen Sicherheit jedes einzelnen sowie einer fairen Verteilung wächst.

Es sind gleiche Chancen für den Zugang zu Bildung und in weiterer Folge zum Arbeitsmarkt zu schaffen. Armut darf im Jahr 2020 in Österreich nicht mehr vererbbar sein.

Frauen und Migranten sind in unserer Gesellschaft besonders von Armut betroffen: als zentrale Elemente im Kampf gegen Armut muss daher auf die Gleichstellung von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft und auf eine gerechtere Ausgestaltung der Migrationspolitik in Österreich Wert gelegt werden.

Konkretes Ziel für 2020 muss daher sein, intensiviert in den sozialen Ausgleich zu investieren, eine ausreichende bedarfsorientierte Mindestsicherung sowie soziale Dienstleistungen zu implementieren, die die Menschen begleiten und unterstützen.

Menschen die arm sind, befinden sich in einem bis zu dreifach schlechteren Gesundheitszustand als Menschen über der Armuts-grenze, sie sind doppelt so oft krank, sie sterben früher.

Das bedingungslose Ziel von politisch Verantwortlichen mit einem solidarisch motivierten Menschenbild muss sein, diese extreme Ungleichheit bis zum Jahr 2020 aufzuheben.

Trotz Wirtschaftskrise ist Österreich das siebtreichste Land der Welt. Bei uns darf in Zukunft Pflegebedürftigkeit kein individuelles Risiko mehr sein. In einem sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat wie Österreich muss Pflege und Betreuung für alle zur Verfügung stehen und solidarisch gemeinsam finanziert werden! Weiters ist der Ausbau von allen Dienstleistungen für pflege- und betreuungsbedürftige Menschen und deren Angehörige essenziell. Ebenfalls Priorität hat sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige und für Menschen und Organisationen, die im Pflege- und Betreuungsbereich arbeiten.

Bis zum Jahr 2020 muss es gelingen ein Österreich zu realisieren, in dem drastisch weniger Menschen in Armut leben, es ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit gibt und eine hohe Integration von ausgeschlossenen Menschen erreicht ist.

Erich Fenninger ist seit 2003 Bundesgeschäftsführer der Volkshilfe. Der Beitrag wurde gekürzt und ist in der Langfassung unter www.oe2020.at zu lesen.

TERMINKALENDER

Dienstag, 23. 3

Wahlkampfauftritt



Bundespräsident Heinz Fischer lädt herzlich zur seinem Wahlauftritt für die Bundespräsidentenwahl ein. In Zeiten großer Verantwortung, kämpft Heinz Fischer für eine österreichische Zukunft, die auf Werten basiert. Wir müssen ihn dabei tatkräftig unterstützen und gemeinsam handeln. Um Anmeldung wird bis spätestens 19. März gebeten.

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag^a Alexandra Bärthl, Mag^a Regine Bohm, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Martin Oppenauer, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Fotolia, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97 Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

Information & Anmeldung:

Tel. 0810 2010 01

anmeldung@heinzfischer.at

Beginn: 17.00 Uhr

Im Museum für angewandte Kunst

Weiskirchnerstraße 3

1010 Wien

Donnerstag, 25. 3

Lichtertanz gegen Rosenkranz

Über 80.000 Facebook-Mitglieder haben sich bereits dem Online-Protest gegen Präsidentschaftskandidatin Barbara Rosenkranz angeschlossen. Dieser virtuelle Aufschrei soll nun in einem „Lichtertanz“ am Ballhausplatz am 25. März münden. Auch der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde, Ariel Muzicant, schloss sich diesem Bündnis an.

Donnerstag – Freitag, 8. – 9. 4

Internationalisierung des Rechts – Pluralisierung der Lebenswelten

Das Renner Institut veranstaltet in Kooperation mit der Gesellschaft für interdisziplinäre wissenschaftliche Kriminologie ein wissenschaftliches Symposium. „Globalisierung“ ist zum Überbegriff für eine Vielfalt von Prozessen der Verflechtung und Intensivierung sozialer, ökonomischer und politischer Beziehungen geworden, die sich über die nationalstaatlichen Grenzen hinwegsetzen. Neben nationalstaatlich gerahmtes tritt dadurch zunehmend transnationales Recht. Bekannte Beispiele funktionierender, weltweit einvernehmlicher Rechtswahl finden sich etwa im Bereich des Internet oder des Sports. Die Implikationen dieser Entwicklung für das Strafrecht und die Kriminologie

sind Thema der wissenschaftlichen Konferenz, zu der Expertinnen und Experten aus vielen europäischen Staaten anreisen.

Die Konferenzgebühr für die Teilnahme beträgt 99 Euro, inklusive Verpflegung.

Information & Anmeldung:

rauscher@renner-institut.at

Tel. 01 804 65 01 27

Beginn: 09.00 Uhr

Renner Institut

Khleslplatz 12

1120 Wien

Samstag, 24. 4

9. Österreichischer Friedenslauf

Schon bald findet der 9. Österreichische Friedenslauf um das Wiener Rathaus, unter dem Ehreenschutz von Bundespräsident Heinz Fischer, statt. Unterstützt wird die Veranstaltung von den Kinderfreunden und dem Bundesministerium für Kunst und Kultur. Jede Runde wird mit einem finanziellen Beitrag honoriert. Alle Spenden kommen zu 100 Prozent Kindern in Indien, Sri Lanka und Österreich zugute. Durch ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm mit sportlichen Darbietungen, Musik, Prominenten-Interviews und einer Hüpfburg, verspricht der 9. Friedenslauf ein unvergessliches Ereignis für Jung und Alt zu werden, dass gleichzeitig Hilfe für Kinder leistet.

Information:

www.friedenslauf.at

Tel. 0664 735 36 564

Anmeldung: Ab 8 Uhr direkt am Rathausplatz Schulklassen, Gruppen, Teams und Vereine werden gebeten, sich bis 7. April bei rat-haus@friedenslauf.at anzumelden.

Von: 9.00 – 12.00 Uhr

Wiener Rathausplatz

NET NEWS

www.heifi2010.at

Jugend-Kampagne von Heinz Fischer

Jung, knackig und frech präsentiert sich die Jugend-Kampagne von Bundespräsident Heinz Fischer im Netz. Der Hintergrund der Seite ist eine Betonwand, sein Konterfei darauf gesprayt, der Spruch kurz, einfach und glaubhaft: „Eintreten für Ideale“. Die Homepage des gestandenen Politikers wurde Anfang der Woche präsentiert und scheut keinen Vergleich. Youtube-Anbindung, Blogs, twitter, Facebook – alles ist da und präsentiert sich in einem

reduzierten und ansprechenden Design.

Eine Plattform für alle

Passend zum Wahlslogan präsentiert die Kampagne aber nicht nur den amtierenden Bundespräsidenten. Sie bietet allen Österreichern die Möglichkeit zum Austausch und einen Platz um ihre Initiative und Engagement zu präsentieren, weil diese Ideen Österreich maßgeblich gestalten. ♦



BMVIT



Saubere Sache

Lärm und Abgase sind out. Saubere Elektro-Mobilität liegt voll im Trend. Das wissen auch Infrastrukturministerin Doris Bures und KTM-Motorcycle-Vorstand Harald Plöckinger, die jetzt das E-Motorrad „Freeride“ präsentiert haben. Damit wird die Freiheit auf zwei Rädern zu einer umweltfreundlichen Sache.



Einblick erhalten

Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller stattete der Lehrwerkstätte des Verbunds in Kaprun kürzlich einen Besuch ab. Sie bekam dabei einen Einblick in die Lehrlingsausbildung und betonte: „In einer guten Ausbildung liegt der Schlüssel für die Arbeitsplätze der Zukunft.“

LPD Salzburg

Pertramer



Heinz für Heinz

Das rockt: Bundespräsident Heinz Fischer bekommt einen eigenen Song. Komponiert wurde die Nummer von der kultigen Rock-Band „Heinz aus Wien“. Der Bundespräsident findet die Rock-Hymne „Es ist an der Zeit“ „cool“.



HBF

Gut gerüstet

Neue Bagger für das Bundesheer: Jetzt können unsere Soldatinnen und Soldaten noch besser für Schutz und Hilfe sorgen. Unter dem Motto „Mehr für die Truppe“ hat Verteidigungsminister Norbert Darabos neun Baggerlader übergeben, die in Zukunft beim Katastrophenschutz zum Einsatz kommen.



Knte

Netzwerken nützt

„Netzwerke, auch auf europäischer und internationaler Ebene, sind sehr wichtig, denn wenn viele Menschen das gleiche Ziel verfolgen, kann man etwas bewegen“, sagte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek beim „frauen.NETZ.talk“. Als „Netzwerkerin 2008“ durfte Margit Fischer nicht fehlen.